

IMPULSE 2023

ROMAN HERZOG INSTITUT

Werte | Führung | Zukunft



Künstliche Intelligenz | Energieversorgung | Klimaschutz | Sicherheitspolitik |
Interview: Clemens Fuest | Ökonomie der Versöhnung | Zusammenhalt in der Krise |
Infektionskrankheiten | Roman Herzog Forschungspreis



RHI-Videos und -Podcasts

Alle zwei Wochen neu – auf dem RHI-YouTube-Kanal und überall dort, wo es Podcasts gibt.



Wissen im digitalen Doppelpack

Tina Maier-Schneider, wissenschaftliche Referentin am RHI, erklärt, warum das Institut eigene Videos und Podcasts herausgibt.

Welche Idee steht hinter den »RHI-Kontexten« und »RHI-Podcasts«?

Mit unseren YouTube-Formaten möchten wir mit den Expert*innen in den direkten Austausch treten. Dabei erfahren die Zuhörerinnen und Zuhörer mehr über die Hintergründe, Zusammenhänge und manchmal auch Anekdoten, die Forschung spannend machen.



Wodurch unterscheiden sich die beiden Formate?

In den »RHI-Kontexten« stehen die Fachfragen an die Gesprächspartner*innen im Vordergrund. Die Podcasts widmen sich mehr dem Menschen hinter der Forschung – denn auch Werdegang und Prägungen sind wichtig, um Wissenschaft zu verstehen.

Wie bereiten Sie sich auf die Gespräche vor?

Vielen fällt es leichter, über ihr jeweiliges Fachgebiet zu reden als über Privates. Deshalb bereite ich mich intensiv auf mein Gegenüber vor. Meist suche ich nach einem persönlichen Anknüpfungspunkt – etwa ein Hobby –, um ins Gespräch zu kommen. Und wenn es mal stockt, dann hilft nur Improvisieren.

Einblicke

»
Wissen braucht Werte und gesellschaftliche Spielregeln, um es in verantwortungsvolles Handeln umzusetzen.
 «

Die Forschung beschert uns ständig neue und bahnbrechende Erkenntnisse – von der Entwicklung angepasster Corona-Impfstoffe bis hin zur Entdeckung Schwarzer Löcher im All. Doch während wir immer mehr Wissen anhäufen, schwinden zugleich Gewissheiten. Wer hätte noch vor wenigen Jahren eine Pandemie für möglich gehalten, die weltweit Hunderttausende Menschenleben kostet; einen Krieg in Europa, der die Energieversorgung ernsthaft bedroht; eine Inflation, die unseren Wohlstand gefährdet?

In Zeiten des Umbruchs stoßen wir an die Grenzen des Wissens. Der Philosoph Ludwig Wittgenstein hat es einmal so ausgedrückt: »Wir fühlen, dass selbst, wenn alle möglichen wissenschaftlichen Fragen beantwortet sind, unsere Lebensprobleme noch gar nicht berührt sind.« An der Schwelle zum Jahr 2023 sehen wir uns mit einer Reihe von Themen konfrontiert, die für unsere Zukunft von existenzieller Bedeutung sind. Wir haben namhafte Wissenschaftlerinnen und Experten um ihre Einschätzung gebeten. Sie beziehen Stellung zu Klimakrise und Künstlicher Intelligenz, zu Energiesicherheit, strategischer Führung und gesellschaftlicher Spaltung. Ihre Impulse – so unterschiedlich in Ton und Tenor – zeigen:

Wissenschaftliche Erkenntnisse bringen uns erst dann weiter, wenn wir auch verstehen, sie richtig zu »lesen« und zu deuten: Welche Fakten sind wirklich relevant? Wie wollen wir wissenschaftliche Erkenntnisse anwenden?



Was hilft uns, aktuelle und künftige Herausforderungen zu meistern?

Über diese Fragen darf nicht in den Elfenbeintürmen einzelner Disziplinen entschieden werden, sondern nur im gesellschaftlichen Diskurs. Das Roman Herzog Institut versteht sich dabei seit mehr als 20 Jahren als Impulsgeber und Mittler. Unser Anliegen ist es, Wissenschaft in die Öffentlichkeit zu bringen, Hintergründe aufzuzeigen und zum Handeln zu ermutigen.

Deshalb ist es uns auch wichtig, nach dem »Warum« und »Wie« zu fragen – und vor allem: Wohin wollen wir als Gesellschaft? Denn mehr abstraktes Wissen allein sorgt nicht automatisch für mehr Orientierung. Wissen braucht auch ein menschliches Maß – Werte und gesellschaftliche Spielregeln –, nicht um es zu beschränken, sondern um es in verantwortungsvolles Handeln umzusetzen. Nur so können wir Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit finden.

Professor Randolph Rodenstock
 Vorstandsvorsitzender
 Roman Herzog Institut e.V.



Künstliche Intelligenz

Vom Durchbruch zur Regulierung

Damian Borth

Prof. Dr. Damian Borth ist Ordentlicher Professor für Künstliche Intelligenz und Maschinelles Lernen und Direktor am Institut für Informatik an der Universität St. Gallen.

Das Jahr 2012 brachte einen Wendepunkt in der Erforschung der Künstlichen Intelligenz (KI). Beim jährlich stattfindenden Forschungswettbewerb für Bilderkennungssysteme, der »ImageNet Large Scale Visual Recognition Challenge«, gewann ausgerechnet eine Technologie, die damals bereits über 20 Jahre alt und fast schon in Vergessenheit geraten war – ein neuronales Netz namens AlexNet.

Die Fachwelt war überrascht, die großen Tech-Konzerne wie Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft reagierten zunächst verhalten. Heute setzen sie tiefe neuronale Netze in fast jedem ihrer Produkte und digitalen Dienste ein. Denn diese können Bilder verstehen, Sprache erkennen, Texte analysieren, Dialoge führen – oder sogar selbstständig Inhalte erzeugen.

Außerhalb der Tech-Industrie integriert eine Branche nach der anderen die neue KI in ihre Prozesse oder Produkte, angefangen bei der Automobilindustrie – zum Beispiel selbstfahrende Fahrzeuge – bis hin zur Pharmaindustrie und KI-gestützter Medikamentenentwicklung. Künstliche Intelligenz ist heute Teil der globalen Wirtschaft. Allein im Jahr 2021 wurden weltweit rund 94 Milliarden US-Dollar in KI-Startups investiert.

Man kann die heutige Künstliche Intelligenz als eine *neue* Art von Software verstehen, die Daten analysiert und automatisiert Entscheidungen trifft. Nur dass diese Software nicht von Hand programmiert wird, sondern aus Daten lernt und im Labor trainiert werden muss, bevor sie in den Einsatz kommt. Und ähnlich wie zu Beginn der Softwareentwicklung in den 1960er Jahren lernen wir erst langsam zu verstehen, was es bedeutet, diese neue Art von Software einzusetzen, und wie sie sich in der realen Welt verhält. Dabei erleben wir auch, dass es zu unerwünschten Folgen kommen kann.

In den Anfangsjahren der Computer gab es regelrechte Unfälle wegen fehlerhafter Software. So sind damals Raketen explodiert oder haben

Röntgengeräte Menschen verletzt. Bei tiefen neuronalen Netzen sind Fehler im System nicht im Programmcode zu finden, der dann identifiziert und isoliert werden kann. Vielmehr sind bei einer Fehlfunktion Millionen, wenn nicht Milliarden von Verbindungen eines tiefen neuronalen Netzes betroffen.

Tiefe neuronale Netze sind keine Blackbox. Wir können nachverfolgen, was passiert. Wir können es nur nicht interpretieren.

Diese Komplexität wird oft als Blackbox-Verhalten von tiefen neuronalen Netzen bezeichnet. Allerdings ist dieses »Feuern« für uns Menschen leider nicht einfach zu interpretieren und deswegen schwer erklärbar. Das wirft zwangsläufig die Frage nach der Vertrauenswürdigkeit von Künstlicher Intelligenz und KI-gestützten Anwendungen und Produkten auf.

Die moderne KI muss sich neuen Herausforderungen stellen. Zentral sind hier die ethische Fundierung automatischer Entscheidungen und deren Fairness. Die Europäische Kommission hat sich mit diesen Themen auseinandergesetzt und dafür eine »High-Level Expert Group« ins Leben gerufen. Diese Gruppe hat in den letzten Jahren eine Übersicht zu dem Thema unter dem Namen »Trustworthy AI« zusammengestellt. Trustworthy AI – also »vertrauenswürdige KI« – definiert, wie sich KI-Systeme zu verhalten haben und welche Eigenschaften diese nach außen tragen sollen. Das ist wichtig und gut.

Mir kommt es allerdings so vor, dass wir damit jetzt alle zufrieden sein sollen. Was mir bei dieser ganzen Diskussion fehlt und was vernachlässigt wird, ist die Frage, wie die technische Umsetzung dieser Forderungen aussehen soll.

Denn wenige machen sich Gedanken darüber, wie das zu implementieren ist, und noch wichtiger, wie das kontrolliert werden kann. Hier stehen wir noch ganz am Anfang.

Wir müssen unser Augenmerk viel stärker auf die technische Umsetzung richten, daraus Kontrollmechanismen ableiten und eine Art von technischer Überwachung, einen KI-TÜV, aufbauen. Denn die tiefen neuronalen Netze sind keine Blackbox. Wir können alles, was innerhalb dieser Netze passiert, nachverfolgen und korrigieren. Nur wenn wir es schaffen, fehlerhafte KI-Systeme zu identifizieren und zu isolieren, können wir diese Technologie nachhaltig mit uns Menschen und unserer Umwelt interagieren lassen.

Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir mit unserer Forschung bereits getan: Wir können erste tiefe neuronale Netze ohne Testdaten testen und diese eines Tages in ihrem Verhalten zertifizieren. Weitere Schritte müssen folgen, wenn wir Künstliche Intelligenz als Technologie in unserer Mitte behalten wollen.





Versorgungs- sicherheit

Energiepolitik europäisch denken

Veronika Grimm

Prof. Dr. Veronika Grimm ist Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie, im Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Wir befinden uns am Beginn eines Jahrzehnts, das von einem radikalen Umbau der Wirtschaft geprägt ist. Wie wir am Ende der 2020er Jahre dastehen werden, hängt wesentlich davon ab, ob es den westlichen Demokratien gelingt, die Energieversorgung langfristig zu sichern und internationale (Handels-)Beziehungen erfolgreich zu gestalten.

Angesichts der Erosion der regelbasierten Weltordnung muss Europa die Energiesicherheit neu denken. Erneuerbare Energieträger eröffnen dabei die Möglichkeit, die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu senken. Erneuerbare Energien und die Produktion von grünem Wasserstoff sowie die notwendigen Infrastrukturen für den Transport von Strom und Wasserstoff sollten daher schnellstmöglich ausgebaut werden.

Besonders herausfordernd für Deutschland ist die Transformation der Industrie und der konventionellen Stromerzeugung, die vielfach auf Gas als Brückentechnologie angewiesen ist. Die angestrebte Unabhängigkeit von russischen Energieträgern bedeutet, dass wir Gas von anderen Lieferanten beschaffen müssen. Doch generell sind Lieferverträge für fossiles Gas an lange Laufzeiten gebunden und daher mit den angestrebten Klimazielen nicht leicht in Einklang zu bringen.

Länder wie Australien, Kanada, Schottland, Norwegen oder die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, die heute vorwiegend fossile Energie liefern, wollen künftig auch erneuerbare Energien in Form von Wasserstoff oder darauf basierenden Energieträgern exportieren. Deutschland und die EU sollten sich daher um langfristige Verträge mit diesen Staaten bemühen, die eine sukzessive Umstellung der Lieferungen weg von fossiler hin zu grüner Energie vorsehen. In Afrika oder Südamerika etwa gibt es zudem weitere Länder, die prädestiniert sind für die Erzeugung und Ausfuhr erneuerbarer Energien. Für die Energieversorgung eröffnen sich also verschiedene Möglichkeiten, uns unabhängiger und politisch nicht erpressbar zu machen.

Um viele neue Energiepartnerschaften aus- und aufzubauen, ist es nötig, dass die Mitgliedsländer der EU kooperieren. Denn jede einzelne Partnerschaft muss mit der Vereinbarung großer Importmengen einhergehen. Beschaffen wir gemeinsam, so können wir viele Lieferbeziehungen eingehen und trotzdem die Energiekosten niedrig halten. Die Diversifikation der Lieferbeziehungen gelingt also besser durch die gemeinsame Beschaffung im europäischen Verbund mit entsprechend größerer Nachfrage. Indem wir europäisch handeln, heben wir das größtmögliche Potenzial für unsere Energiesicherheit.

Auch bei kritischen Rohstoffen wie Kobalt, Lithium oder Grafit und wichtigen Vorprodukten – etwa Mikrochips –, ohne die die Energiewende nicht gelingen kann, müssen wir unsere Abhängigkeiten unter die Lupe nehmen. Kritische Rohstoffe werden zwar in vielen Regionen weltweit abgebaut, aber dann oft in China oder anderen geopolitisch unsicheren Regionen weiterverarbeitet. Bis heute fehlt ein Konzept, wie wir uns aus diesen Abhängigkeiten befreien können.

Über Energie- und Rohstoffpartnerschaften hinaus sind weitere Formen der Zusammenarbeit denkbar. So könnten der Aufbau neuer Lieferketten und der Ausbau der Energieversorgung Wertschöpfungspotenziale für europäische Firmen eröffnen. Für den Import von Wasserstoff werden etwa Elektrolyseure wie auch Hafenanlagen und Transportlogistik gebraucht; deutsche Firmen gehören hier zu den führenden Anbietern. Außerdem könnten im Zuge der Stärkung von Energie- und Rohstoffpartnerschaften Handelsbeziehungen zum beidseitigen Vorteil intensiviert werden – insbesondere mit dem Nachbarn Afrika, dem im Jahr 2100 bevölkerungsreichsten Kontinent. Dies eröffnet den afrikanischen Staaten die Chance auf Wachstum und Wohlstand und bedeutet für uns mehr Rohstoffsicherheit und schafft Exportmärkte.

Werden wir die Energiebeschaffung und unsere Handelsbeziehungen auf »freundliche«, also politisch gleich gesinnte Staaten, beschränken

können? Erhebliche Zweifel an solchem »Friendshoring« sind angebracht: Wir würden uns von einem Großteil der Welt entkoppeln und so neben wirtschaftlichen Verlusten auch an Macht und Einfluss verlieren. Zudem gewinnen globale öffentliche Güter wie Gesundheit oder Klimaschutz immer mehr an Bedeutung. Multilateralismus ist deshalb wichtiger denn je.

Die Einteilung der Welt in »Freund« und »Feind« ist zu statisch gedacht und ignoriert die Vielschichtigkeit zwischenstaatlicher Beziehungen. Statt uns von vielen unentschlossenen Staaten zunehmend abzukoppeln, sollten wir einseitige Abhängigkeiten durch Diversifikation unserer Handelsbeziehungen reduzieren und es für möglichst viele Staaten attraktiv machen, mit uns auch in Zukunft auf der Basis einer regelbasierten Ordnung zusammenzuarbeiten. Europa sollte sich dafür einsetzen, diese für einen größeren Teil der Weltgemeinschaft attraktiv zu halten.





Generationen- gerechtigkeit

Klimaschutz ist Freiheitsschutz

Rupprecht Podszun

Prof. Dr. Rupprecht Podszun ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht sowie Direktor des Instituts für Kartellrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Der Klimaschutz duldet keinen Aufschub mehr. Alles steht auf dem Spiel. Doch in Parlamenten, Regierungen und Behörden geht es quälend langsam voran. Die Erwartung, in der Klimapolitik endlich etwas zu bewegen, richtet sich inzwischen auf einen Berufsstand, an den man beim Stichwort »Hoffnungsträger« eigentlich nicht unbedingt denkt: Jurist*innen. Ausgerechnet die?

Kommt eine neue Idee auf, findet sich doch immer rasch ein juristisch geschulter Bedenkenträger, der trefflich argumentieren kann, warum das nicht geht. Wegen Datenschutz. Oder wegen Brandschutz. Oder wegen eines sonstigen Paragraphen. Dennoch pinseln Fridays-for-future-Kids »Climate Justice« auf ihre Plakate. Sie meinen damit nicht nur den großen Wert der Gerechtigkeit. Viele Aktivist*innen und Umweltverbände hoffen, dass die Klimaziele gerichtlich durchgesetzt werden können.

Tatsächlich werden die Gerichte inzwischen häufig angerufen, wenn es um den Klimaschutz geht. Bis zum Jahr 2021 waren das Einzelfälle. Ein Grundsatzurteil fällt das Bundesverfassungsgericht am 29. April 2021. Es entschied, dass die Politik deutlich mehr tun müsse, um die CO₂-Emissionen zu verringern und die Klimaziele zu erreichen. Die bestechende juristische Argumentation: Wer jetzt konkrete Schritte auf die lange Bank schiebt, zwingt der nächsten Generation ein Leben unter dem Klimaschutzdiktat auf. Klimaschutz ist Freiheitsschutz! In vornehmer Zurückhaltung, aber mit Bestimmtheit in der Sache hat der Erste Senat in Karlsruhe es dem Bundestag überlassen, die Konsequenzen zu ziehen.

Dass die Justiz zur Hilfe gerufen wird, um das Klima zu retten, deutet vor allem auf das Versagen der eigentlich Zuständigen hin. Regierungen und Parlamenten gelingt es nicht in ausreichendem Maße, die planetaren Grenzen zu schützen. Sie agieren in einem politischen System, das die Interessen künftiger Generationen nicht genügend berücksichtigt.

Zum einen hat das historische Gründe: Die demokratischen Institutionen und Verfahren stammen aus einer Zeit, die dem Hier und Jetzt verpflichtet war. Dass das Leben heute Kosten in der Zukunft verursacht, wurde vor Jahrzehnten nicht gesehen. Zum anderen ein praktischer Grund: Künftige Generationen wählen und spenden heute nicht. Ihre Interessen sind aus Sicht von Parteien und Politikern, die von Wählerstimmen und Parteispenden leben, daher eher zweitrangig.

Um mehr Generationengerechtigkeit zu erreichen, müssen die Institutionen zukunftsorientiert umgebaut werden. Für den Erfolg braucht es auch eine gute Verwaltung. In Deutschland sind den Beschäftigten im öffentlichen Dienst jedoch häufig enge Grenzen gesetzt. Sie sind an Weisungen gebunden, die auf Haftungsvermeidung abzielen. Hauptsache, niemand kann hinterher den Akteuren einen Vorwurf machen! So muss man sich auch den administrierten Klimaschutz vorstellen – als bürokratische Pflicht, mit strengen Messungen, Formularen und Gegenzeichnung. Alles wird ordnungsgemäß dokumentiert, abgestempelt und gefaxt. Denn eigenständiges Handeln könnte zu Fehlern führen, Haftungsfälle und Kosten verursachen, für die niemand die Verantwortung übernehmen will.

Wo die Beschäftigten in der Verwaltung hingegen Handlungsspielräume haben, da können sie kraftvoll entscheiden. Es ist kein Zufall, dass etwa die Gerichte, die Bundesbank oder das Bundeskartellamt besonders hohes Vertrauen in der Bevölkerung genießen. Die klugen Köpfe in diesen Institutionen arbeiten frei von Weisungen. Sie sind unabhängig im Status, weitgehend freigestellt von der Haftung bei Fehlern und sie sind gezwungen zu entscheiden.

Weder ist die deutsche Justiz ein Musterbeispiel für Kreativität und Handlungsstärke, noch ist sie es, die allein die Klimakatastrophe abwenden könnte. Sie liefert aber eine Folie dafür, dass auch im Rahmen öffentlicher Aufgabenwahrnehmung nicht alles auf Hierarchie

Recht als Hebel für eine klimaneutrale Zukunft – kreative Jurist*innen kriegen das hin.

und Stromlinienförmigkeit angelegt sein muss. Jurist*innen können etwas bewirken, wenn geeignete Rahmenbedingungen sie dazu motivieren. Wo es Freiräume gibt für aktives Handeln und kreative Ideen statt überkommener Amtstätigkeiten, kann auch der Klimaschutz vorangebracht werden.

Vielleicht ist das der wichtigste Impuls für den Schutz des Planeten: Mehr Kreativität zulassen! Institutionen, in denen verkrustete Strukturen aufgebrochen, neue Möglichkeiten ausprobiert, Fragen im Wettstreit gelöst werden. Wenn alles auf dem Spiel steht, so wie jetzt, hilft nur noch ein wirklich mutiges Vorgehen.





Außen- und Sicherheitspolitik

Mehr strategische Führung wagen

Gerlinde Groitl

PD Dr. Gerlinde Groitl ist akademische Oberrätin und lehrt an der Professur für Internationale Politik und transatlantische Beziehungen der Universität Regensburg.

Ist die Welt mit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 eine andere geworden? Nein. Denn schon seit rund 15 Jahren ist offenkundig, was sich nun nicht mehr ignorieren lässt: Sowohl Russland als auch China sehen die liberale internationale Ordnung des Westens als Gefahr für ihr Herrschaftsmodell und wollen sie zerstören. Das tun sie an manchen Stellen mit militärischer Drohung und Gewalt, an anderen durch wirtschaftliche Abhängigkeiten, Desinformation, Cyberattacken oder Regelbrüche. 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ist dessen Neuauflage längst im Gange.

Vielen mögen die Härten der Weltpolitik gar nicht bewusst sein, weil es der Bundesrepublik so gut geht. Doch die internationale Politik ist geprägt von Anarchie und Wettbewerb. Sicherheit, Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit, Wohlstand und Freiheit sind keine Selbstläufer. Deutschlands Einbindung in die liberale Ordnung des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine Erfolgsgeschichte. Führungsstarke Kanzler haben immer wieder die Weichen klug gestellt – von Konrad Adenauers Politik der Westintegration, Willy Brandts Ostpolitik, Helmut Schmidts Standfestigkeit in der Nachrüstungsdebatte bis zu Helmut Kohls umsichtigem Mut auf dem Weg zur Wiedervereinigung. Nach dem Kalten Krieg schien das »Ende der Geschichte« erreicht. Die USA blieben Taktgeber und Schutzmacht der liberalen Ordnung von Demokratie, Marktwirtschaft und Freiheit, Deutschland ihr Unterstützer und Profiteur.

Doch die Welt hat sich verändert. Heute ist die Großmacht- und Systemkonkurrenz zurück, während die Führungskraft der USA in Zweifel steht. Die Europäer müssen mehr tun, um die liberale Ordnung zu bewahren. Das betrifft zuvorderst Deutschland als wirtschaftlich starke und zentrale Macht in Europa, der EU und der NATO. Strategische Führungsfähigkeit ist das, was Deutschland dazu braucht. Der Begriff vereint zwei Elemente: Führung und Strategie. Führen kann nur, wer dazu fähig und willens ist. Neben den

nötigen Ressourcen und politischen Strukturen braucht es dazu das richtige Mindset:

Wer führt, braucht einen Plan, muss Ziele formulieren. Wer führt, muss über sich selbst hinausdenken, gemeinsame Interessen sichern und Lasten tragen. Wer führt, muss sich exponieren und Kritik aushalten. Während es politische Führung braucht, um zu gestalten, erfordert es strategische Weitsicht, das klug zu tun. Strategisches Handeln braucht einen realistischen Blick: Es gilt, die Welt zu akzeptieren, wie sie ist, und davon ausgehend den besten Weg zu finden, mit den verfügbaren Mitteln auch gegen Widerstände die eigenen Ziele zu erreichen.

»**Deutschland hat sich außen- und sicherheitspolitisch in einer selbst verschuldeten Unmündigkeit eingerichtet.**«

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik braucht eine Kehrtwende. Zu oft folgt sie dem, was politisch und gesellschaftlich genehm ist. Das Selbstverständnis als »Zivilmacht«, eine »Kultur der Zurückhaltung«, der Traum vom »Wandel durch Handel« erweisen sich als wirkmächtige Denkmuster. Dazu kommen das öffentliche Desinteresse an Sicherheitspolitik und die politische Scheu vor unbequemen Entscheidungen.

Deutschland hat sich so außen- und sicherheitspolitisch in einer selbst verschuldeten Unmündigkeit eingerichtet. Einerseits weigert sich das Land beharrlich, sich selbst als Führungsmacht zu begreifen, und schwenkt erst dann auf einen Kurs ein, wenn die Partner den Weg gewiesen haben oder weiteres Zaudern Bündnispolitischen Schaden verursachen würde. Andererseits beschreitet Deutschland regelmäßig aus wirtschaftlichem Eigennutz Sonderwege oder duckt sich weg und schwächt so die regel-

basierte Weltordnung, die es eigentlich erhalten möchte. Ausgerechnet die deutsche Russland- und Chinapolitik bieten Beispiele dafür.

Deutschland muss helfen, die liberale internationale Ordnung zukunftsfest zu machen. Die Floskel, man wolle »mehr Verantwortung übernehmen«, reicht dafür nicht aus. Mit Courage hat Kanzler Olaf Scholz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine eine »Zeitenwende« ausgerufen. Doch gemessen wird sie an den Taten. Hier bleibt noch viel zu tun:

Deutschland muss die geopolitische Rivalität zwischen Russland, China und dem liberalen Westen akzeptieren, die eigene Wehrhaftigkeit stärken und gemeinsam mit seinen Partnern den autoritären Revisionisten Grenzen setzen. Dabei kann Berlin nicht in der zweiten Reihe bleiben. Um in einem zunehmend feindlichen Umfeld das eigene Wohlergehen zu sichern, ist strategische Führung kein Luxus, den man sich vielleicht einmal leisten kann. Sie ist eine Notwendigkeit, der man sich stellen muss.





»Wir müssen ideologiefreier denken«

Welche Impulse brauchen Energiesektor, Klimaschutz und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende? Darüber sprach RHI-Geschäftsführer Dr. Martin M. Lang mit Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts München.

Herr Professor Fuest, wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Um welche sollten wir uns in Deutschland am dringendsten kümmern?

Wir müssen mit *allen* Herausforderungen gleichzeitig umgehen, die wir gerade in den Bereichen Klima, Energie, Finanzen und Gesundheit erleben. Und dabei vermeiden, dass wir wegen der Konzentration auf die eine Krise andere wichtige Probleme vernachlässigen. Klar ist aber auch, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nur begrenzte Kapazitäten haben.

Welche Prioritäten müssen wir in dieser Situation setzen?

Die kurzfristig drängendste Aufgabe ist die Energieversorgung. Wird der Winter sehr kalt, sind die Gasspeicher im Februar 2023 leer. Dieses Szenario sollten wir unbedingt vermeiden.

Was halten Sie vor diesem Hintergrund von dem Krisenmanagement in Berlin und Brüssel?

Die europäischen Staaten hätten sich auf eine gemeinsame Strategie verständigen müssen. Nationale Alleingänge – wie das 200-Milliarden-Entlastungspaket der Bundesregierung – halte ich für schädlich. Es besteht die Gefahr eines Subventionswettlaufs in Europa, der Energiepreise in die Höhe treibt und nötige Einsparungen verhindert.

Was würden Sie stattdessen empfehlen?

Kurzfristig: mehr europäische Koordination und Konzentration auf Einsparungen. Mittelfristig sollte Deutschland als Industriestandort und bevölkerungsreiches Land selbst mehr Energie erzeugen. Ein Energiesystem aus rein erneuerbaren Energieträgern aufzubauen, ist zukunftsweisend. Aber bis wir so weit sind, ist es noch ein weiter Weg. Wir brauchen eine Brücke in die Zukunft, das geht gegenwärtig nur mit Gas, Kernkraft oder Kohle.

Kann Deutschland langfristig eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen?

Wir müssen uns den Realitäten stellen: Im globalen Maßstab ist Deutschland ein kleines Land. Uns als Vorbild zu sehen, wird von anderen wohl eher als Hybris verstanden.

Die beste Chance für Deutschland, wesentlich zur Eindämmung des Klimawandels beizutragen, besteht in der Entwicklung klimaschonender Technologien, die wirtschaftliche Vorteile bieten – beispielsweise Energie billiger zu produzieren als mit fossilen Brennstoffen.

Im Klimaschutz, in der Sicherheitspolitik und im Handel sind wir auf globale Kooperation angewiesen. Aber weltweit verschärfen sich die Konflikte. Wie passt das zusammen?

Wir erleben gerade eine Veränderung der internationalen Ordnung. Geopolitische Spannungen und Konflikte nehmen zu. Es findet leider so etwas wie die Rückkehr des Ost-West-Konflikts statt, aber mit mehr Akteuren, erhöhter Komplexität und teils engen Wirtschaftsbeziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten.

Welche Folgen hat das für Politik und Wirtschaft?

Die Kooperationslogik der Wirtschaft und die Konfliktlogik der Politik vermischen sich. Anders formuliert: Unsere wirtschaftlichen Partner können gleichzeitig unsere geopolitischen Gegner sein. Darauf werden wir uns in Zukunft einstellen müssen. Und das ist keine triviale Aufgabe!

»**Wirtschaftliche Partner können zugleich geopolitische Gegner sein.**«

Brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Außenwirtschaftspolitik?

Man kann in diesem Kontext von einer »Neuen Geoökonomik« sprechen. Der russische Überfall auf die Ukraine, Chinas Drohungen gegen Taiwan, Cyberangriffe von Staaten gegen andere Staaten – all diese neuen Konflikte müssen wir berücksichtigen und die damit verbundenen Risiken managen.

Kehren wir in die Welt des Kalten Krieges zurück?

Wir bewegen uns in Richtung verstärkter Kon-



flikte, so viel steht fest. Doch hier findet auch viel Framing statt: Die geopolitische Lage wird oft als Konflikt zwischen Gut und Böse dargestellt. Wir sollten weiterhin versuchen, miteinander zu kooperieren. Manche sagen, es dürfe keine Zusammenarbeit mit Ländern geben, die demokratische Werte und rechtsstaatliche Prinzipien missachten. Da bleiben dann am Ende nicht mehr viele übrig ...

Also würden Sie nicht von einem Systemwettbewerb sprechen?

Wir sollten das ideologiefreier sehen. Natürlich können Autokratien niemals ein politisches Vorbild sein. Sie entscheiden zwar schnell, aber oft gegen die Interessen eines großen Teils ihrer Bevölkerung oder unter Verletzung von Freiheitsrechten. Und dass eine kritische Öffentlichkeit die Regierungen in rechtsstaatlichen Demokratien kontrolliert, halte ich für eine Stärke. Aber Checks und Balances können auch zu weit gehen. In Deutschland wird die Bürgermitwirkung – etwa bei Infrastrukturprojekten – teilweise übertrieben, das hemmt Innovation.

Zu guter Letzt: Sollten wir eher optimistisch oder pessimistisch in die Zukunft blicken?

Da zitiere ich Roman Herzog, der den Deutschen 1997 in seiner berühmten Ruck-Rede gesagt hat: »Die besten Jahre liegen noch vor uns!« Das war nicht als Prognose gemeint, sondern als Aufforderung an uns alle, die Probleme anzupacken. Dem kann ich mich nur anschließen.



Ökonomie der Versöhnung

Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Zusammenhalt gehören zusammen

Nils Goldschmidt | Arnd Küppers

Prof. Dr. Nils Goldschmidt leitet die Professur für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen, ist Direktor des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung sowie Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.

Dr. Arnd Küppers ist Stellvertretender Direktor der Katholischen Wissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach und Mitglied des Dikasteriums der römischen Kurie für den Dienst an der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen.

Die westlichen Industrieländer und damit auch Deutschland müssen sich langfristig auf niedrige Wachstumsraten und kleiner werdende Verteilungsspielräume einstellen. Der Klimawandel, steigende Preise für Rohstoffe und Energie sowie die Erneuerung und der Umbau der Infrastruktur verursachen hohe Kosten. Gleichzeitig nehmen gesellschaftliche Konflikte und die Polarisierung der Debatten zu. In dieser Gemengelage wird es in Zukunft aber kaum mehr gelingen, den sozialen Zusammenhalt vor allem durch ein Mehr an materieller Umverteilung zu sichern – so wie es für lange Zeit Teil des sozialstaatlichen Versprechens war.

Viele fühlen sich heutzutage von den rasanten Änderungen ihrer Lebenswelt überfordert. Damit sie sich auch in Zukunft als Mitglieder eines funktionierenden Gemeinwesens wahrnehmen, braucht es einen neuen gesellschaftspolitischen Entwurf. Anders wird der notwendige Transformationsprozess kaum gelingen.

Sozialer Zusammenhalt ist kein gesellschaftlicher Luxus, sondern eng mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft verflochten. Das zeigt sich etwa, wenn man das Pro-Kopf-Einkommen der einzelnen EU-Länder mit den jeweiligen sozialen Verwirklichungschancen in Relation setzt (Grafik). Werden die ökonomischen Spielräume geringer, spricht deshalb vieles dafür, mehr in den sozialen Zusammenhalt zu investieren.

Der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu Klimaneutralität ist langfristig die größte Aufgabe unserer Zeit. Die entscheidenden Weichen dafür müssen heute gestellt werden. Doch die Meinungen über das »Wie« gehen diametral auseinander: Sehen die einen in Steuerungselementen wie einer effektiven CO₂-Steuer die Lösung, fordern andere das Ende des herkömmlichen Wirtschaftens. All das erzeugt bei vielen zunehmend Ängste vor persönlichem Wohlstandsverlust. Angesichts dessen steht zu befürchten, dass sich die Polarisierung in der Gesellschaft noch weiter verschärfen wird.

Könnte man die Dekarbonisierung nicht auch als ein Projekt verstehen und gestalten, das die Gesellschaft wieder enger zusammenführt? Eröffnet ein Dialog, der die Argumente der anderen Seite wertschätzt, nicht den Raum für innovative, gemeinsame Lösungen? Warum nicht Emissionshandel *und* Tempolimit? Warum nicht die Stärkung der regionalen Produktion *und* ein europäischer Green Deal?

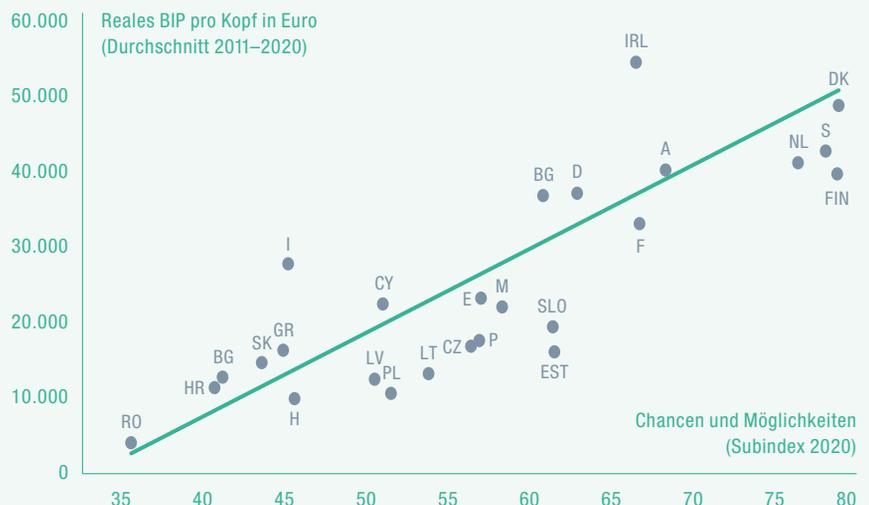
Bei drohenden radikalen Veränderungen – sogenannten Tipping Points oder Kipppunkten – hilft es wenig, nur die dramatischen Folgen zu betrachten und bestehende Konflikte zu verschärfen. Konstruktiver ist es, Wege zu finden, die die Gesellschaft als Ganze zu gehen bereit ist. Gemessen an den jeweiligen Idealvorstellungen sind solche Kompromisse selten für alle optimal. Dafür werden sie von vielen akzeptiert und damit überhaupt erst realisierbar.

Das mag nach Sozialromantik klingen, ist aber der eigentliche Kern der Sozialen Marktwirtschaft, deren 75-jähriges Bestehen wir 2023

feiern können. Die Soziale Marktwirtschaft war für den Schöpfer des Begriffs, Alfred Müller-Armack, eine »irenische Formel« (abgeleitet von »eirḗnē«, dem griechischen Wort für Frieden). Dabei geht es nicht nur um den wirtschaftlichen Erfolg, sondern immer auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Ausgleich von widerstreitenden sozioökonomischen wie auch gesellschaftspolitischen Zielen war essenziell für das Gelingen des materiellen, politischen und moralischen Wiederaufbaus Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wirtschaftlicher Erfolg, faire Teilhabe und sozialer Zusammenhalt – dieser Dreiklang könnte uns auch heute einen Weg aus der Krise aufzeigen. Zwar stehen wir vor ganz neuen Herausforderungen. Der Versuch, alle auf dem Weg hin zu einer modernen und resilienten Gesellschaft mitzunehmen, muss jedoch das fortdauernde politische und zivilgesellschaftliche Anliegen bleiben. Dabei geht es nicht darum, unterschiedliche Positionen einzuebnen, sondern sie ausgleichend zusammenzuführen. Eine solche Ökonomie der Versöhnung könnte ein gemeinsames, sinnstiftendes Friedensprojekt für das 21. Jahrhundert sein.

Sozialer Zusammenhalt und Wohlstand in der EU



Luxemburg nicht abgebildet (BIP pro Kopf: 95.745 €; Chancenindex: 70,8).
 Quellen: Weltbank; Europäische Kommission; eigene Berechnungen



Zusammenhalt in der Krise

Vertrauen lohnt sich!

Dominik H. Enste

Prof. Dr. Dominik H. Enste leitet das Kooperationscluster Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik im Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, ist Geschäftsführer der IW Akademie sowie Professor für Wirtschaftsethik und Institutionenökonomik an der Technischen Hochschule Köln.

Gerade in Krisenzeiten ist Vertrauen wichtig – aber auch besonders schwierig. Das Vertrauen in etablierte Institutionen, in unser – im internationalen Vergleich – sehr erfolgreiches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem oder in die Politik wird von einigen gezielt infrage gestellt. Zudem wird beklagt, dass es tiefe Gräben zwischen den gesellschaftlichen Schichten gibt.

Problematisch an der vielfach normativ geführten Debatte ist, dass einige Akteure überhöhte Vorstellungen von einer durch Harmonie und persönliche Nähe geprägten Gesellschaft haben. Romantische Gemeinschaftsideale sind allerdings nicht als Maßstab für moderne Gesellschaften geeignet. Offene Grenzen, Globalisierung und Arbeitsteilung, Wohlstandszuwachs, Freiheit und Demokratie haben vielmehr zu Ausdifferenzierungen sowie vielfältigen Lebensstilen und neuen Milieus geführt. Diese Heterogenität wird häufig mit gesellschaftlicher Spaltung gleichgesetzt – wahlweise geschieht das mit falschen Daten und vermeintlichen Fakten, dramatischen Zuspitzungen oder übertriebenen moralischen Ansprüchen.

Soziale Spaltung im Sinne eines Auseinanderdriftens von Teilen der Gesellschaft, die nicht mehr miteinander reden und einander verfeindet gegenüberstehen, lässt sich hierzulande

» Die deutsche Gesellschaft ist nicht gespalten! «

empirisch indes nicht nachweisen. Im Gegenteil: Das Vertrauen in die Mitmenschen ist in Deutschland ausgeprägter als in vielen europäischen und anderen Staaten weltweit.

Von politischer Spaltung kann in Deutschland bei aller (teilweise berechtigten) Kritik ebenfalls nicht die Rede sein. Denn große Teile der Bevölkerung vertrauen – anders als in anderen EU-Staaten – weitgehend den politischen

Institutionen wie Regierung und Parlament, dem Rechtsstaat und der freien Presse. Und in Deutschland koalieren Parteien aus verschiedenen politischen Lagern miteinander und stehen sich nicht verfeindet gegenüber wie etwa in den USA oder Frankreich. Einigkeit in der Bevölkerung besteht überwiegend auch bei wichtigen Themen wie dem Klimawandel oder der Lösung von wirtschaftlichen Krisen.

Verantwortliche in Wirtschaft und Politik können durch besonnenes Handeln Vertrauen stärken und den Zusammenhalt fördern.

Auch eine ökonomisch bedingte Spaltung – beispielsweise durch Arbeitslosigkeit oder Einkommensungleichheit – ist in Deutschland vergleichsweise gering. Kurzarbeitergeld, eine Grundsicherung für Bedürftige oder Sozialleistungen wie das Wohngeld lindern hierzulande die existenziellen Nöte besser als die staatlichen Transfersysteme in vielen anderen Ländern.

Deutschland ist bei allen Unterschieden auch soziokulturell nicht gespalten. Mehr Menschen als früher und als in anderen Ländern tolerieren andere Wertvorstellungen und diskriminieren seltener wegen Herkunft, Alter oder Geschlecht.

Für ein gedeihliches gesellschaftliches Miteinander ist Vertrauen – neben Toleranz – unentbehrlich. Staaten, in denen die Bevölkerung der Regierung und dem Rechtsstaat Vertrauen entgegenbringt, weisen ein höheres Brutto-sozialprodukt auf, liegen bei der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit vorn und bewältigen auch die Krisen unserer Zeit besser.

Vertrauen lässt sich jedoch nicht von oben verordnen. Es kann nicht als »Bürgerpflicht« eingefordert werden. Das zeigt sich gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen:

Der Krieg in Europa, die Energiekrise und die hohe Inflation verunsichern viele Menschen. Sie fürchten um ihren Wohlstand und ihre Freiheit. Hinzu kommen Megatrends wie De-Globalisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel und Dekarbonisierung, die ein Übriges tun, um das Vertrauen in Institutionen, politische Entscheidungsträger und das Wirtschaftssystem zu erschüttern.

Für alle, die in Politik und Wirtschaft Verantwortung tragen, kommt es in dieser Situation darauf an, durch besonnenes, glaubwürdiges Handeln das Vertrauen zu stärken. Trotz der gegenwärtigen Bedrohungen ist Panik dabei nicht angezeigt: Deutschland hat mit der Sozialen Marktwirtschaft ein solides wirtschaftliches Fundament. Mit realistischen Erwartungen an den Zusammenhalt unserer Gesellschaft lassen sich die großen aktuellen Herausforderungen wie Energie- und Klimakrise gemeinsam bewältigen. Aufgeregte öffentlichkeitswirksame Spaltungsdebatten schüren hingegen Misstrauen.



»Ich bin Brigitte Borrelli, die Management-assistentin des RHI. Mit unserem Newsletter erhalten Sie dreimal im Jahr alle Neuigkeiten von uns. Zum kostenlosen Abo einfach den QR-Code scannen und Ihre E-Mail-Adresse eingeben.«





Infektions- krankheiten

Nur international sind
wir (abwehr-)stark!

Ulrike Protzer

Prof. Dr. Ulrike Protzer leitet das Institut für Virologie am Helmholtz Zentrum München, ist Koordinatorin des Forschungsbereichs Hepatitis am Deutschen Zentrum für Infektionsforschung und hat den Lehrstuhl für Virologie an der Technischen Universität München inne.

Lange Zeit galten die tödlichen Gefahren von Infektionskrankheiten in den Industrienationen als gebannt. Wie falsch wir mit dieser Einschätzung lagen, hat uns die Corona-Pandemie auf dramatische Weise gezeigt: Über 6,5 Millionen Menschen sind bisher offiziell an COVID-19 gestorben, Berechnungen anhand der Übersterblichkeit gehen von mehr als 18 Millionen aus. Müssen wir uns in Zukunft vor ähnlichen Seuchen fürchten? Kehren Infektionen zurück, die wir längst für überwunden gehalten haben? Und sind Infektionskrankheiten generell eine unterschätzte Gefahr?

Aus virologischer Sicht trifft all dies zu: Wir werden es in Zukunft immer wieder mit »neuen« Viren zu tun haben, die sich aufgrund ihrer enormen Anpassungsfähigkeit sehr schnell verbreiten. Wir müssen aber auch mit einer Zunahme von bekannten Infektionen, etwa mit antibiotikaresistenten Bakterien, rechnen. Deshalb ist ein gezieltes Vorgehen gegen all jene Erreger nötig, die die Menschen weltweit am häufigsten krank machen. Leider schenken wir ihnen oft nicht die gebührende Aufmerksamkeit.

Ein Beispiel dafür ist Hepatitis B. Jährlich erkranken und sterben Tausende Menschen an den Folgen der Infektion der Leber – viele wissen aber selbst in Deutschland nicht, dass sie das Virus in sich tragen. Denn die Infektion verläuft oft über viele Jahre unbemerkt und selbst Ärzte denken oft nicht daran. Bei neun von zehn Patienten, die als Kleinkind eine Infektion durchmachen, nimmt sie einen chronischen Verlauf. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leben weltweit 296 Millionen Menschen mit einer chronischen Hepatitis-B-Infektion; fast 900.000 sterben jährlich an den Folgen wie Leberzirrhose und Leberkrebs.

Man kann bei der Hepatitis B durchaus von einer »stillen Pandemie« sprechen. Dabei existiert seit rund 40 Jahren ein Impfstoff, der vor einer Ansteckung mit Hepatitis-B-Viren (HBV) schützt. Doch die Zahl der Infektionen nimmt weltweit weiter zu. Denn während bei uns nahezu jedes Kind im ersten Lebensjahr

gegen HBV geimpft wird, existiert in vielen Ländern der Welt eine solche flächendeckende Prophylaxe nicht. Und leider verhindert die Impfung auch nicht alle Infektionen bei Babys, deren Mutter das Virus in sich trägt.

Um die Ausbreitung von HBV einzudämmen und die Zahl tödlich verlaufender Folgeerkrankungen zu vermindern, verfolgen wir mit Kollegen am Deutschen Zentrum für Infektionsforschung (DZIF) seit Jahren einen therapeutischen Forschungsansatz. Es ist uns gelungen, einen Impfstoff zu entwickeln, der das Immunsystem in die Lage versetzen soll, die Viren vollständig aus der befallenen Leber zu eliminieren. Bisher können wir die Forschung allein mit öffentlichen Fördergeldern finanzieren und so hoffentlich dazu beitragen, dass ein solcher therapeutischer Impfstoff eines Tages allen Patienten zugutekommt – unabhängig von den finanziellen Interessen von Investoren oder Pharmafirmen.

Trotz solcher Erfolge stehen wir aber vor weiteren großen Aufgaben. Das Auftreten der Affenpocken in Europa beispielsweise zeigt, womit wir es künftig gehäuft zu tun haben werden: Wo Mensch und Tier auf engem Raum miteinander leben, werden Zoonosen – Übertragungen zwischen Tier und Mensch – immer wahrscheinlicher. Solche Risiken waren im Fall der Affenpocken aus Afrika seit den 1990er Jahren bekannt, am nötigen Problembewusstsein mangelte es bei uns jedoch; es war ja so weit weg ...

Was uns ebenfalls Sorgen bereitet, ist die Schnelligkeit, mit der sich Viren heute bis in den letzten Winkel der Erde ausbreiten. Das hat viel mit unserem Lebensstil zu tun, vor allem mit unserer hohen Mobilität. Die Erderwärmung führt dazu, dass Insekten in unseren Breitengraden heimisch werden, die Malaria, Dengue- oder West-Nil-Fieber übertragen können. Die Früherkennung und Therapie der durch sie verursachten Krankheiten wird bei uns zunehmend zu einem Thema. In diesem Bereich gilt es, Wissenslücken zu schließen und Ignoranz zu überwinden.

Besorgniserregend ist schließlich auch die Impfmüdigkeit in der Bevölkerung – vor allem in den westlichen Ländern. Die Masern beispielsweise könnten längst ausgerottet sein, wenn wir auf der ganzen Welt eine hohe Durchimpfung erreichen würden. Nur so senken wir das Risiko von Epidemien – und verhindern, dass die Viren sich verändern und bisherige Impfungen keinen ausreichenden Schutz mehr bieten.

Entscheidend ist: Maßnahmen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten müssen immer auf globaler Ebene ansetzen. In der Corona-Pandemie haben wir in einem ersten Reflex nur auf uns geschaut, die Grenzen dicht gemacht und uns abgeschottet. Inzwischen haben wir gelernt, dass nationale Alleingänge nichts bringen. Wir müssen internationale Strukturen unterstützen, unser Wissen vernetzen und Medikamente und Impfstoffe schnellstmöglich bereitstellen. Denn nur durch internationale Zusammenarbeit wird der Kampf gegen Infektionskrankheiten gelingen.





Bühne frei ... für den Nachwuchs

Roman Herzog Forschungspreis 2022

Am 25. Oktober 2022 wurde zum neunten Mal der »Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft« verliehen. Der Name ist Programm: Mit dem Preis honoriert das RHI junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die mit ihrer Forschung relevante ordnungspolitische Fragestellungen aufgreifen.

In diesem Jahr prämierte das Roman Herzog Institut drei junge Wissenschaftler, die sich in ihren Dissertationen mit verantwortungsvoller Unternehmensführung, den Pflichten von Investoren in internationalen Geschäften und dem deutschen Fiskalföderalismus befassen. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit des Thinktanks. »Unseren Auftrag sehen wir darin, als Impulsgeber an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mitzuwirken«, sagt RHI-Vorstandsvorsitzender Randolph Rodenstock.



Festrede 2022: »Ökonomische Perspektiven in der Zeitenwende« von Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest

Bei den jährlich stattfindenden Preisverleihungen treten Expertinnen und Wissenschaftler

als Gastredner auf. Zu ihnen gehörten in den vergangenen Jahren etwa die »Wirtschaftswissenschaften« Lars P. Feld, Christoph M. Schmidt, Isabel Schnabel und Monika Schnitzer, der Ökonom Hans-Werner Sinn, der Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, und der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx. In diesem Jahr sprach Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts München, zu den »ökonomischen Perspektiven in der Zeitenwende«. Was er darunter versteht und was das für die Wirtschaftspolitik bedeutet, sehen Sie im [Video der Festrede](#).

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. fördert und unterstützt die Auszeichnung, die im deutschsprachigen Raum mit insgesamt 35.000 Euro zu den höchstdotierten für wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Arbeiten gehört. Die Arbeiten der Preisträgerinnen und Preisträger – Juristinnen, Betriebs- und Volkswirte, Ökonomen und Sozialwissenschaftlerinnen – greifen relevante Fragen rund um unser Wirtschaftssystem auf.

Das Spektrum reicht von Wettbewerbs- und Kartellrecht über Fiskalpolitik bis hin zur sozialen Verantwortung von Unternehmen. Auch aktuelle Aspekte wie digitale Geschäftsmodelle und globale Handelsbeziehungen werden thematisiert. Viele Arbeiten sind fachübergreifend – ganz im Sinne des RHI, das auf interdisziplinären Austausch setzt. Künftig sollen die internationalen Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft noch mehr in den Fokus rücken.

»Wir stehen in einem Wettbewerb der Systeme. Umso dringender ist es, sich mit den Stärken und Schwächen unserer Wirtschaftsordnung zu befassen und auszuloten, inwieweit sie auch im internationalen Maßstab Lösungsansätze bieten kann«, erläutert Randolph Rodenstock.

Junge Nachwuchswissenschaftler*innen können sich bis zum 31.12.2022 für den Roman Herzog Forschungspreis 2023 bewerben. Mehr Informationen auf www.romanherzoginstitut.de/forschungspreis.html

1. Preis: Dr. Patrick Abel



2. Preis: Dr. Max Braun



3. Preis: Dr. Dominik Frankenberg



Patrick Abel untersuchte, wie sich die Rechte von internationalen Investoren an bestimmte Pflichten – etwa in Bezug auf Klimaschutz, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – koppeln lassen und zugleich die unternehmerische Freiheit gewahrt bleibt.

Max Braun analysierte die Mechanismen der Wirtschaftskriminalität. Er zeigt auf, wie sich im Rahmen von Corporate Governance Anreizstrukturen verbessern lassen, um kriminellen Aktivitäten wirksamer vorzubeugen.

Dominik Frankenberg legt dar, wie der Bund seine Finanzhilfen so verteilen sollte, dass die Kommunen eigene Schwerpunkte setzen und mehr Autonomie erlangen können.

Ausblicke

Martin M. Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut



**Mit dem Fokus auf Werte –
Führung – Zukunft beschreitet
das RHI neue Wege.**

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Die Grundfrage Immanuel Kants »Was sollen wir tun?« erscheint vor diesem Hintergrund aktueller und dringlicher denn je. Wir haben diese Frage zum Anlass genommen, Fachleute aus Wissenschaft und Praxis um ihre Einschätzung zu bitten. Ihre hier veröffentlichten Beiträge zu Themen wie Energiesicherheit, Klimaschutz, Gesundheit, Künstliche Intelligenz und gesellschaftlichem Zusammenhalt geben zukunftsweisende Impulse für das politische Handeln.

Doch vor jedem Handeln steht das Entscheiden. Im Roman Herzog Institut möchten wir uns daher vermehrt damit beschäftigen, wie man gute strategische Entscheidungen trifft, kommuniziert und durchsetzt. Auf Führungsebene in Politik, Wirtschaft oder großen Organisationen werden grundsätzliche Entscheidungen mit langfristigen Konsequenzen getroffen. Die Anforderungen, die dabei an die Verantwortlichen gestellt werden, unterscheiden sich erheblich von den operativen Aufgaben der Mitarbeiter- oder Teamführung.

Denn strategische Entscheidungen müssen über einen längeren Zeithorizont Bestand haben, Orientierung bieten und Vertrauen schaffen. Zugleich müssen sie offen sein für Anpassungen in einer zunehmend von Volatilität und Unsicherheit geprägten Welt. Wir werden unterschiedliche Aspekte der strategischen

Führung beleuchten – von der vermeintlich banalen Frage, welche Aufgaben Führungskräfte in großen Organisationen haben, bis hin zur praktischen Gestaltung von Entscheidungsprozessen.

Zu »guter Führung« gehören auch Werte. Sie bilden die Basis für zielgerichtetes und planvolles Handeln. 2023 wollen wir uns am RHI deshalb auch mit den Werten befassen, die für unsere Demokratie zentral sind. Durch welche grundsätzlichen Werte unterscheiden sich Demokratien und Autokratien voneinander? Wie soll sich die EU im internationalen Systemwettbewerb positionieren und welche Werte sind dabei nicht verhandelbar? Ein Wertesystem ist auch die Soziale Marktwirtschaft. Wie zukunfts-fest sind wir mit ihr aufgestellt – angesichts sich verschärfender internationaler Konflikte?

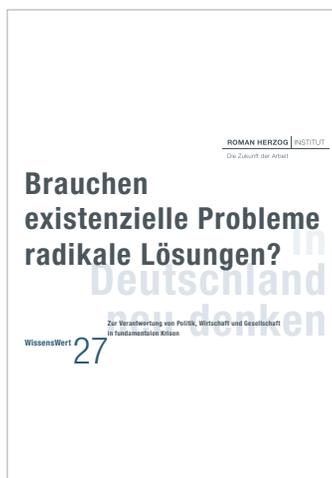
Mit dem Fokus auf Werte – Führung – Zukunft beschreitet das Roman Herzog Institut seit diesem Jahr neue Wege. Auch 2023 werden wir mit Wissenschaftlerinnen und Experten im interdisziplinären Diskurs zusammenarbeiten und Sie über relevante gesellschaftspolitische Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Dazu wünschen wir uns Ihr Feedback: Wie haben Ihnen die »Impulse 2023« gefallen? Haben Sie Anregungen oder Kritik? Schreiben Sie uns an: info@romanherzoginstitut.de

RHI-
Kontexte



RHI-Publikationen



Die Publikationen des Roman Herzog Instituts gibt es zum kostenlosen Download auf www.romanherzoginstitut.de/publikationen oder hier:



Impressum

Roman Herzog Institut e.V.
(Herausgeber)
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

V. i. S. d. P.:
Dr. Martin Michael Lang
Geschäftsführer
Roman Herzog Institut e.V.
Registernummer VR 18988,
Vereinsregister München,
Amtsgericht München

Redaktion:
Dr. Benjamin Scharnagel,
Martina Martschin,
Dr. Martin Michael Lang

Fotos:
Roman Herzog Institut e.V.;
Autoren; Grimm: Sachverständigenrat (SVR); Umschlag:
Artur Debat via Getty Images

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

© RHI 12/2022



Folgen Sie uns auf ...



Ausschreibung

Preisträger*innen gesucht!

Strukturbrüche, Klimawandel, Digitalisierung – diese Megatrends stellen derzeit Wirtschaft, Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich seit Jahrzehnten als erfolgreiche Wirtschaftsordnung in Deutschland bewährt. Sie trägt dazu bei, dass die Menschen hierzulande mit großer Zufriedenheit in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können.

Doch ist die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig? Was muss getan werden, damit sie im Wettbewerb der Systeme in Europa und global bestehen kann? Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen lassen sich evidenzbasiert begründen, welche Hindernisse bei der Umsetzung sind zu überwinden? Und was sind überhaupt die institutionellen Voraussetzungen dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft funktioniert?

Sie haben sich in Ihrer Doktorarbeit oder Ihrer Habilitation mit solchen Fragen zum besseren Verständnis unserer Wirtschaftsordnung beschäftigt und Ihre Forschungsarbeiten erfolgreich abgeschlossen? Dann bewerben Sie sich für den Roman Herzog Forschungspreis 2024!

Das Roman Herzog Institut zeichnet Nachwuchswissenschaftler*innen aus, die in ihren Dissertationen oder Habilitationen zentrale ordnungspolitische Fragestellungen des 21. Jahrhunderts behandeln. Jährlich werden bis zu drei Preise in Höhe von 20.000, 10.000 und 5.000 Euro vergeben. Möglich sind sowohl Selbstbewerbungen als auch Vorschläge von Professor*innen, Fakultäten und Instituten.

Ideen entwickeln –
Initiative ergreifen –
Zukunft gestalten

